



Privatisierung stoppen.

Krankenhäuser, Wasser und Strom,
Busse und Bahnen gehören uns allen.
www.dielinke-nrw.de

DIE LINKE.

Privatisierung stoppen!

Privatisierung macht aus öffentlicher Daseinsvorsorge eine Ware, die zunehmend nur noch zahlungskräftige Kundinnen und Kunden bezahlen können. Doch öffentliche Dienstleistungen sind für ein menschenwürdiges Leben unerlässlich. Gas-, Wasser- und Stromversorgung, Müllabfuhr, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Bäder – das muss für alle zugänglich bleiben!

Privatisierung bedeutet steigende Gebühren. Privatisierung baut Arbeitsplätze ab und erhöht den Druck auf Löhne!

Privatisierte Dienste lassen sich nicht mehr demokratisch steuern und kontrollieren. Genau das ist aber von zentraler Bedeutung für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Landesregierung NRW hat 2006 die Gemeindeordnung für NRW (§ 107) so geändert, dass die Kommunen heute zur Privatisierung gezwungen werden. In der aktuellen Krise verstärkt die Bundesregierung den Druck auf Kommunen, weiter zu privatisieren und kostspielige Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) einzugehen.

DIE LINKE streitet vor Ort, auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene dafür, dass die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge gestoppt und die öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand gestärkt und ausgebaut wird.

Privatisierung fördert die Verarmung der Kommunen

Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden mit Steuermitteln aufgebaut. Sie gehören uns! Bei Privatisierungen wird fast immer weit unter Wert verkauft. Anschließend verdienen einige wenige viel Geld mit Einrichtungen, die eigentlich uns allen gehören. Wenn nichts mehr zu verdienen ist, werden die Unternehmen an die öffentliche Hand zurück verkauft, wie z. B. bei der britischen Eisenbahn. Einzelne bekommen die Gewinne – wir alle zahlen

doppelt drauf! Den Kommunen wurde erzählt, dass Privatisierungen ihre Haushalte sanieren. Doch trotz der Privatisierungen der letzten Jahre steigt in fast allen Kommunen die Verschuldung. Privatisierungen führen nur zur weiteren Verarmung der Kommunen.

Kommunal ist billiger, Rekommunalisierung als Alternative

Seit der Kommunalisierung der Müllabfuhr im nordrhein-westfälischen Bergkamen konnten die Gebühren um 12 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wurden die Löhne der ArbeiterInnen erhöht und der Service verbessert. Im Rhein-Sieg-Kreis gelang es dem rekommunalisierten Entsorgungsunternehmen, bereits im ersten Betriebsjahr 800 000 Euro an Kosten einzusparen. Eine kommunale Abfallwirtschaft ist auch umweltfreundlicher. Während private Entsorgungsunternehmen oft nach dem Motto »Je mehr Müll, desto mehr Gewinn« wirtschaften, können Kommunen Konzepte zur Vermeidung oder Reduzierung von Müll in Eigenverantwortung durchsetzen.

Eine andere Energiepolitik kann nicht den Energieriesen überlassen werden. Deshalb tritt DIE LINKE für eine Verstaatlichung der Energienetze und für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ein. In Ahrensburg konnte der Gaspreis auf diesem Weg um 5 Prozent gesenkt werden.

DIE LINKE streitet für eine Verbesserung der Qualität und für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle öffentlicher Dienste und Unternehmen. Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand gehört für uns zur Wirtschaftsdemokratie. Nur eine Daseinsvorsorge unter öffentlicher Kontrolle kann auf Dauer die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

*DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen
Corneliusstraße 108, 40215 Düsseldorf
Telefon: 0211/35 89 07
E-Mail: lgs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de*

V.i.S.d.P. Katharina Schwabedissen